

**Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung**

Geschäftsstelle:
Hauptamt
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Annika Kuhlmann
annika.kuhlmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 222 a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

3. April 2019
1 von 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **28.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

**Mittwoch, 10. April 2019, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Carl-Anton-Henschel-Schule**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1160-
- 2. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich
- 101.18.1253 -
- 3. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich
- 101.18.1254 -

- 4. Berufsberatung für unter 25-Jährige**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.18.1241 -
- 5. Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.18.1247 -
- 6. Schulhöfe grüner und naturnaher gestalten**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Harry Völler
- 101.18.1260 -
- 7. Transparenz bei der Stundenzuweisung im Bereich Inklusion schaffen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.18.1267 -
- 8. Städtische Kitakapazitäten Nordshausen**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Simon Aulepp
- 101.18.1269 -
- 9. Einladung MEBI e.V.**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Simon Aulepp
- 101.18.1271 -
- 10. Kita-Plätze in Rothenditmold, Nordholland, Wesertor**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Simon Aulepp
- 101.18.1272 -
- 11. Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule - Landesfördermittel**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.18.1273 -

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Niederschrift
über die 28. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 10. April 2019, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

11. April 2019
1 von 12

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD
Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, SPD
Harry Völler, Mitglied, SPD (Vertretung für Hermann Hartig, bis TOP 9)
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Michael Dietrich, Mitglied, AfD
Thomas Materner, Mitglied, AfD (Vertretung für Richard Klock, bis TOP 1)
Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke
Thorsten Burmeister, Mitglied, FDP

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates
Richard Pinks, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Christoph Bachmann, Kasseler Bündis Inklusion
Thomas Hofer, Jean-Paul-Schule
Martina Bleckmann, Carl-Anton-Henschel-Schule
Christiane Rauen, Carl-Anton-Henschel-Schule
Monika Stahlschmidt, Carl-Anton-Henschel-Schule
Jana Schmidt-Demnitz, Carl-Anton-Henschel-Schule
Andreas Mock, Staatliches Schulamt
Annette Knieling, Staatliches Schulamt
Judith Osterbrink, Jugendamt
Axel Jäger, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Gabriele Steinbach, Amt für Schule und Bildung

Tagesordnung:

2 von 12

- | | |
|---|-------------|
| 1. Carl-Anton-Henschel-Schule | 101.18.1160 |
| 2. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt | 101.18.1253 |
| 3. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt | 101.18.1254 |
| 4. Berufsberatung für unter 25-Jährige | 101.18.1241 |
| 5. Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel | 101.18.1247 |
| 6. Schulhöfe grüner und naturnaher gestalten | 101.18.1260 |
| 7. Transparenz bei der Stundenzuweisung im Bereich Inklusion schaffen | 101.18.1267 |
| 8. Städtische Kitakapazitäten Nordshausen | 101.18.1269 |
| 9. Einladung MEBI e.V. | 101.18.1271 |
| 10. Kita-Plätze in Rothenditmold, Nordholland, Wesertor | 101.18.1272 |
| 11. Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule - Landesfördermittel | 101.18.1273 |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 3. April 2019 ordnungsgemäß einberufene 28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 9 in der Einladung fälschlicherweise als Anfragen statt als Anträge aufgeführt sind und bittet dies zu korrigieren.

1. **Carl-Anton-Henschel-Schule**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1160-

Der Magistrat wird aufgefordert im nächsten Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über die Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit an der CarlAnton-Henschel-Schule zu berichten. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt bzw. Fragen beantwortet werden:

- Darstellung des pädagogischen Konzeptes
- Welche Angebote fördern und unterstützen das soziale Miteinander?
- Welche Maßnahmen zum Krisenmanagement und Beschwerdeverfahren kommen zur Anwendung?
- Mit welchen Maßnahmen zur Integration und Inklusion unterstützt der Schulträger die pädagogische Arbeit?
- Mit welchen Maßnahmen und Förderprogrammen unterstützt das Hessische Kulturministerium die pädagogische Arbeit?

Ein/e Vertreter*in der Schulleitung der Carl-Anton-Henschel-Schule und des Staatlichen Schulamtes sollen zur Erörterung dieser Fragen eingeladen werden.

Frau Bleckmann, Direktorin der Carl-Anton-Henschel-Schule, stellt sich und das Konzept der Schule vor. Dabei geht sie auf die Rahmenbedingungen, Kooperationen und die präventiven und akuten Maßnahmen ein. Weiterhin berichtet sie von verschiedenen Angeboten und Regeln an der Schule sowie von Lösungsprozessen bei Konflikten. Danach berichtet Frau Knieling, Staatliches Schulamt Kassel, von Unterstützungsmaßnahmen des Staatlichen Schulamtes und des Landes Hessen. Im Anschluss beantworten Frau Bleckmann, Frau Knieling und Bürgermeisterin Friedrich die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1253 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, 101.18.1253, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

3. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Vorlage des Magistrats
- 101.18.1254 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: Afd

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, 101.18.1254, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

4. Berufsberatung für unter 25-Jährige

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1241 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die Aktivitäten vorzustellen, die in den
Arbeitsbereichen Berufsberatung, Berufsorientierung, Vermittlung und
Förderung in der Stadt Kassel für unter 25-Jährige angeboten werden.

Einbezogen sollen dabei die

1. Arbeitsergebnisse folgender Angebote bzw. Programme:
 - „Kasseler Übergangsmangement Schule-Beruf“
 - „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“ (OloV)
 - „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“
 - „BüA“, Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“
2. die tätigen Kooperationspartner wie z.B. das Job-Center, die Agentur für
Arbeit, die Abteilung „Bildungsmanagement Schule-Beruf“ der Stadt
Kassel. Vorhandene Strukturen und Formen der Zusammenarbeit sollen
vorgestellt werden.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu
fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Berufsberatung für unter 25-Jährige,
101.18.1241, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

5. Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1247 -

Gemeinsamer Antrag

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss über

1. den aktuellen Stand der Inklusionszahlen (welche SuS befinden sich an welchen Schulen, wie sehen die aktuellen Einwahlen aus, etc.),
2. die Erfahrungen mit der „Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel“ zu berichten. Dazu sollen Vertreter*innen des Staatlichen Schulamtes und des Förderzentrums eingeladen werden und
3. den Übergang der InklusionsschülerInnen von Schule in Beruf und Beschäftigung zu berichten.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, erläutert den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel, 101.18.1247, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dietrich

6. Schulhöfe grüner und naturnaher gestalten

7 von 12

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst

- 101.18.1260 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung

- über bisherige Projekte zur naturnahen, grünen und bewegungsorientierten Gestaltung von Schul- und Pausenhöfen an Kasseler Schulen zu berichten
- darzulegen, in welchem Umfang diese Projekte Bestandteil einer Strategie zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung angesehen werden können und
- Möglichkeiten aufzuzeigen, den o.a. Projektrahmen auszuweiten.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, erläutert den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Schulhöfe grüner und naturnaher gestalten, 101.18.1260, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Aulepp

7. Transparenz bei der Stundenzuweisung im Bereich Inklusion schaffen

8 von 12

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.1267 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dem Schulausschuss konkrete Zahlen vorzulegen, wie viele Stunden Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer des BFZ im Unterricht für inklusiv beschulte Kinder pro Kind zur Verfügung stehen. Dies kann durch eine einfache Abfrage bei den Schulleitungen erfragt werden. Dabei ist auch bei den Schulen abzufragen, wie viele Stunden im Schnitt an den einzelnen Schulen als Doppelsteckung von BFZ- und Regelschullehrkraft im Unterricht zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion. Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, schlägt vor, die Berichterstattung zu diesem Antrag und zu dem Antrag betr. Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel, -101.18.1247-, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung, in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Transparenz bei der Stundenzuweisung im Bereich Inklusion schaffen, 101.18.1267, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Burmeister

8. Städtische Kitakapazitäten Nordshausen

9 von 12

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1269 -

Anfrage

1. Welche Kapazitäten werden für die städtische Kita in Nordshausen in den nächsten Jahren benötigt?
2. Welche Standorte sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
3. Mit welchem finanziellen Aufwand ist bei der Sanierung des aktuellen Standorts der Kita zu rechnen?
4. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand des Neubaus im Vergleich zu der Sanierung und Erweiterung oder der Sanierung plus einem zweiten Standort?
5. Welcher Flächenanteil des Spielplatzes Am Klosterhof würde mit einem Neubau und Freiflächen nicht mehr für die Kinder aus Nordshausen und Brückenhof zum Spielen zur Verfügung stehen?
6. Wie beurteilt die Untere Denkmalbehörde und ihr Beirat den überlegten Neubau unmittelbar angrenzend an die Gesamtanlage Kloster Nordshausen, die dem Denkmalschutz unterliegt?
7. Was soll bei einem Neubau mit dem dann aufgegeben Kitagebäude an der Korbacher Straße geschehen?
8. Wie wird der Verwertung des freiwerdenden Grundstücks mit hochpreisigen Eigentumswohnungen verhindert?

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zur Niederschrift zugesagt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Einladung MEBI e.V.

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1271 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In eine der nächsten Ausschusssitzungen wird ein Vertreter von MEBI e.V. eingeladen, um das Konzept und den Stand zur muslimischen Kita vorzustellen.

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag seiner Fraktion. Nach einigen Stellungnahmen der Ausschussmitglieder, ändert er den Antrag wie folgt ab.

10 von 12

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In eine der nächsten Ausschusssitzungen wird, **die Zulassung der Kita vorausgesetzt**, ein Vertreter von MEBI e.V. eingeladen, um das Konzept und den Stand zur muslimischen Kita vorzustellen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Einladung MEBI e.V., 101.18.1271, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hanemann

10. Kita-Plätze in Rothenditmold, Nordholland, Wesertor

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1272 -

Anfrage

1. Wie viele Plätze fehlen je in Rothenditmold, Nordholland und Wesertor im Bereich U3 und Ü3?
2. Wie viele Kinder stehen je auf der Warteliste?
3. Wie viele Kinder haben je außerhalb des Stadtteils einen Platz gefunden?
4. Was unternimmt die Stadt, damit der Bedarf gedeckt wird?
5. Welche Versorgungsquote wird für den Stadtteil angestrebt? Bis wann soll sie erfüllt werden?
6. Wie viele Tagesmütter gibt es je in den drei Stadtteilen?

7. Wie werden Eltern über ihren Rechtsanspruch informiert? 11 von 12
 8. Hat es in Kassel in den letzten zwei Jahren Klagen gegeben?
 9. Zu welchem Ergebnis führte das Gespräch im März zum Anbau bei der Kita Zierenberger Straße?
 10. Wie ist der Stand zur Umsetzung einer zentralen Vergabeerfassung?

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Bürgermeisterin Friedrich und Frau Osterbrink, Leiterin Jugendamt, beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zur Niederschrift zugesagt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich und Frau Osterbrink, Leiterin Jugendamt, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

- 11. Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule - Landesfördermittel**
 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
 - 101.18.1273 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob das Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule in das Förderprogramm „Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM)“ des Landes Hessen aufgenommen werden kann.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, erläutert den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule - Landesfördermittel, 101.18.1273, wird **zugestimmt**.

12 von 12

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

11. März 2019
1 von 1

Carl-Anton-Henschel-Schule

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und des
Stadtverordneten Ernst
- 101.18.1160 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert im nächsten Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung über die Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit an der Carl-
Anton-Henschel-Schule zu berichten. Dabei sollen folgende Aspekte
berücksichtigt bzw. Fragen beantwortet werden:

- Darstellung des pädagogischen Konzeptes
- Welche Angebote fördern und unterstützen das soziale Miteinander?
- Welche Maßnahmen zum Krisenmanagement und Beschwerdeverfahren
kommen zur Anwendung?
- Mit welchen Maßnahmen zur Integration und Inklusion unterstützt der
Schulträger die pädagogische Arbeit?
- Mit welchen Maßnahmen und Förderprogrammen unterstützt das
Hessische Kulturministerium die pädagogische Arbeit?

Ein/e Vertreter*in der Schulleitung der Carl-Anton-Henschel-Schule und des
Staatlichen Schulamtes sollen zur Erörterung dieser Fragen eingeladen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten, Stadtverordneter Dr. Hoppe
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Ernst betr. Carl-Anton-Henschel-Schule, 101.18.1160, wird
zugestimmt.

Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.18.1253

13. März 2019
1 von 2

Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Berichtersteller/-in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung als Schulversuch in der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, wird zugestimmt.“

Begründung:

In der Vergangenheit wurde eine zweijährige Fachschule im Fachbereich Gestaltung von der Arnold-Bode-Schule nicht angestrebt, um nicht in Konkurrenz zum Angebot der Handwerkskammer Hessens zur „Ausbildung zur/zum Gestalterin/Gestalter im Handwerk“ zu treten. Durch den Ausstieg der Handwerkskammern Südhessens aus diesem Ausbildungsangebot wurde diese Weiterqualifizierungsmaßnahme am Standort Kassel an der Werkakademie für Gestaltung in Trägerschaft der Handwerkskammer zum April 2018 beendet.

Die Fachschule für Gestaltung an der Arnold-Bode-Schule vervollständigt das Bildungsangebot der Schule, da sie auf den Bildungsinhalten und Qualifikationen bereits existierenden Schulformen aufbaut und zur Hochschulberechtigung führt. Gleichzeitig ermöglicht sie ergänzend die Zertifizierung zur/zum „Gestalterin/Gestalter im Handwerk“. Somit wird die Weiterbildungsmöglichkeit und Qualifikation für die Region Nordhessen erhalten. Die räumlich nächsten Institute für diese Ausbildung sind in Hannover, Münster, Halle und Ulm. Die lange Tradition einer gestalterischen Bildung für den handwerklichen Bereich in Kassel kann fortgesetzt werden. Begründet wurde sie von Landgraf Friedrich II. und führte über eine Kunstgewerbeschule-die „Schule für Handwerk und Kunst“ zur „Werkkunstschule“, die in die gegenwärtige Kunsthochschule einging. Eine Fachschule hinführend zur Kunsthochschule existiert zurzeit nicht.

Die Gesamtkonferenz und die Schulkonferenz haben am 15. März 2017 dieser Organisationsänderung einstimmig zugestimmt.

2 von 2

Das Staatliche Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel befürwortet die Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule uneingeschränkt.

Die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen sind an der Arnold-Bode-Schule gegeben. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Gemäß § 43 Abs. 2 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) bedarf die Einrichtung einer neuen Fachrichtung oder eines weiteren Schwerpunkts der Genehmigung durch das Hessische Kultusministerium.

Der Magistrat der Stadt Kassel hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 11. März 2019 beschlossen.

Christian Geselle
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.18.1254

13. März 2019
1 von 2

Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Berichtersteller/-in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, wird zugestimmt.“

Begründung:

Die Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe und Mediendesign an der Arnold-Bode-Schule erweitert das Bildungsangebot der Schule. Sie baut auf den Berufen der Fachrichtung Medientechnik auf, die im Rahmen der dualen Ausbildung und in Vollzeitschulformen an der Arnold-Bode-Schule vorhanden sind. Die Fachrichtung Werbe und Mediendesign ist in Hessen am Standort Frankfurt vertreten. Eine Konkurrenzsituation ist aufgrund der Entfernung nicht zu erwarten.

Eine Fachschule für Gestaltung in der Fachrichtung Werbe- und Mediendesign an der Arnold-Bode-Schule stellt sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eine gute Ergänzung zum geplanten Schulversuch der Fachschule für Gestaltung mit der Fachrichtung Produktdesign Schwerpunkt „Objekte im Raum“ dar. Des Weiteren stellt die Fachschule für Gestaltung Fachrichtung Werbe und Mediendesign für die Schule inhaltlich eine sinnvolle Ergänzung des Bildungsangebots dar, da fast alle Absolventinnen und Absolventen der dualen Ausbildungsberufe an der Arnold-Bode-Schule dieses Weiterbildungsangebot mit einer Qualifizierung auf Stufe 6 DQR/EQR nutzen können. Das Angebot der Fachschule richtet sich insbesondere an Studierende, die bereits in der Ausbildung gestalterische Kompetenzen erworben haben. Diese sollen mit einer vertieften Gestaltungskompetenz ausgestattet werden, die sie dazu befähigt, sich durch die besondere Qualität ihrer Arbeit und ihrer Produkte am Markt zu behaupten.

Die Arnold-Bode-Schule ist dafür geeignet, den erweiterten Bildungsauftrag im Bereich der Weiterbildung im gestalterischen Bereich der Weiterbildung für die Region Nordhessen zu erfüllen.

2 von 2

Die Gesamtkonferenz und die Schulkonferenz haben am 14. November 2018 dieser Organisationsänderung einstimmig zugestimmt.

Das Staatliche Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel befürwortet die Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Fachbereich Gestaltung Fachrichtung Werbe- und Mediendesign in Vollzeitform an der Arnold-Bode-Schule uneingeschränkt.

Die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen sind an der Arnold-Bode-Schule gegeben. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Gemäß § 43 Abs. 2 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) bedarf die Einrichtung einer neuen Fachrichtung oder eines weiteren Schwerpunkts der Genehmigung durch das Hessische Kultusministerium.

Der Magistrat der Stadt Kassel hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 11. März 2019 beschlossen.

Christian Geselle
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.18.1241

6. März 2019

1 von 2

Berufsberatung für unter 25-Jährige

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die Aktivitäten vorzustellen, die in den Arbeitsbereichen Berufsberatung, Berufsorientierung, Vermittlung und Förderung in der Stadt Kassel für unter 25-Jährige angeboten werden.

Einbezogen sollen dabei die

1. Arbeitsergebnisse folgender Angebote bzw. Programme:
 - „Kasseler Übergangsmanagement Schule-Beruf“
 - „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“ (OloV)
 - „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“
 - „BüA“, Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“
2. die tätigen Kooperationspartner wie z.B. das Job-Center, die Agentur für Arbeit, die Abteilung „Bildungsmanagement Schule-Beruf“ der Stadt Kassel. Vorhandene Strukturen und Formen der Zusammenarbeit sollen vorgestellt werden.

Begründung:

Eine wachsende Wirtschaft braucht vor allem fachlich qualifiziertes Personal. Es soll geprüft werden, ob die bestehenden Beratungsangebote ausreichend sind oder ob es weiteren Bedarf an Berufsberatung für die genannte Zielgruppe gibt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender
SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Andreas Ernst

Vorlage Nr. 101.18.1247

8. März 2019

1 von 1

Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss über

1. den aktuellen Stand der Inklusionszahlen (welche SuS befinden sich an welchen Schulen, wie sehen die aktuellen Einzahlen aus, etc.),
2. die Erfahrungen mit der „Modellregion Inklusive Bildung in der Stadt Kassel“ zu berichten. Dazu sollen Vertreter*innen des Staatlichen Schulamtes und des Förderzentrums eingeladen werden und
3. den Übergang der InklusionsschülerInnen von Schule in Beruf und Beschäftigung zu berichten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender
SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Vorlage Nr. 101.18.1260

21. März 2019

1 von 1

Schulhöfe grüner und naturnaher gestalten

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung

- über bisherige Projekte zur naturnahen, grünen und bewegungsorientierten Gestaltung von Schul- und Pausenhöfen an Kasseler Schulen zu berichten
- darzulegen, in welchem Umfang diese Projekte Bestandteil einer Strategie zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung angesehen werden können und
- Möglichkeiten aufzuzeigen, den o.a. Projektrahmen auszuweiten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Harry Völler

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender
SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Vorlage Nr. 101.18.1267

19. März 2019
1 von 1

Transparenz bei der Stundenzuweisung im Bereich Inklusion schaffen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dem Schulausschuss konkrete Zahlen vorzulegen, wie viele Stunden Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer des BFZ im Unterricht für inklusiv beschulte Kinder pro Kind zur Verfügung stehen. Dies kann durch eine einfache Abfrage bei den Schulleitungen erfragt werden. Dabei ist auch bei den Schulen abzufragen, wie viele Stunden im Schnitt an den einzelnen Schulen als Doppelsteckung von BFZ- und Regelschullehrkraft im Unterricht zur Verfügung stehen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender CDU

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.1269

11. März 2019
1 von 1

Städtische Kitakapazitäten Nordshausen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

1. Welche Kapazitäten werden für die städtische Kita in Nordshausen in den nächsten Jahren benötigt?
2. Welche Standorte sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
3. Mit welchem finanziellen Aufwand ist bei der Sanierung des aktuellen Standorts der Kita zu rechnen?
4. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand des Neubaus im Vergleich zu der Sanierung und Erweiterung oder der Sanierung plus einem zweiten Standort?
5. Welcher Flächenanteil des Spielplatzes Am Klosterhof würde mit einem Neubau und Freiflächen nicht mehr für die Kinder aus Nordshausen und Brückenhof zum Spielen zur Verfügung stehen?
6. Wie beurteilt die Untere Denkmalbehörde und ihr Beirat den überlegten Neubau unmittelbar angrenzend an die Gesamtanlage Kloster Nordshausen, die dem Denkmalschutz unterliegt?
7. Was soll bei einem Neubau mit dem dann aufgegeben Kitagebäude an der Korbacher Straße geschehen?
8. Wie wird der Verwertung des freiwerdenden Grundstücks mit hochpreisigen Eigentumswohnungen verhindert?

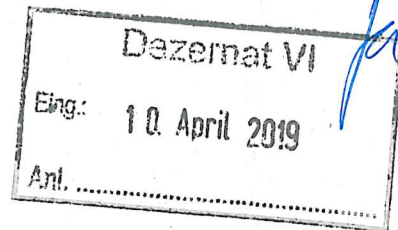
Fragesteller/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender Kasseler Linke

Kassel, 8. April 2019
Axel Jäger
Tel. 7064

An

- VI -



Anfrage der Fraktion KASSELER LINKE zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 10. April 2019, Vorlage Nr. 101.18.1269;
Fragestellerin: Stadtverordneter Simon Aulepp

Städtische Kitakapazitäten Nordshausen

Frage 1: Welche Kapazitäten werden für die städtische Kita in Nordshausen in den nächsten Jahren benötigt?

Zusätzlich zu den derzeitigen 2 Kitagruppen in der Kita Nordshausen werden 2 bis 3 weitere Gruppen benötigt, um

- a) die Versorgungsquote im u3-Bereich anzuheben und
- b) den Betreuungsbedarf von Familien abzudecken, die ins Neubaugebiet ziehen werden.

Frage 2: Antwort -63-: Welche Standorte sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?

Insgesamt wurden von der Stadtplanung sieben potenzielle Standorte untersucht, planungsrechtlich geprüft und umfassend mit den zu beteiligenden Fachämtern abgestimmt (siehe Anlage):

- Auf dem Stützel (Flurstück 17/3, Flur 5),
- Obere Bornwiesenstraße/Am Klosterhof (Flurstück 46/7, 87/6, 122/45, Flur 6),
- Neubaugebiet/Ortsrand Nordshausen (Flurstück 32/7, Flur 2),
- Freifläche nördliche Felchenstraße (Flurstück 196/90, Flur 5, 106/39, Flur 6),
- Freifläche westlich der Felchenstraße (Flurstück 34/1, 41, 42, Flur 4),
- Korbacher Straße hinter der Klosterkirche (Flurstück 32/1, 176/39, Flur 5) und
- Spielplatz östlich der Felchenstraße (Flurstück 131/22, 23/2, Flur 6).

Aus dieser Untersuchung und der verwaltungsinternen Abstimmung resultieren zwei geeignete Standorte, für die bisher jedoch keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.

Obere Bornwiesenstraße/Am Klosterhof

Bei dem Standort handelt sich um einen Spielplatz nahe der Klosterkirche. Dieser Spielplatz ist wichtiger sozialer Dreh- und Angelpunkt für den Stadtteil Nordshausen. Der Spielplatz hat zudem eine Brückenfunktion in den Stadtteil Brückenhof und wird sowohl von dortigen Eltern, als auch generell von

„auswärtigen“ Besucher/innen aus anderen Stadtteilen frequentiert. Der Standort ist gut erreichbar und hat eine zentrale Lage. Für die Realisierung ist die Schaffung von Planungsrecht notwendig.

Neubaugebiet Ortsrand Nordshausen

Der Standort im Neubaugebiet ist gut erreichbar und stellt angesichts des neuen Wohngebiets sowie der potentiellen Ansiedlung von Familien mit Kindern einen zentralen Standort da. Der Bebauungsplan für die Entwicklungen am Ortsrand befindet sich in der Aufstellung. Die Offenlegung ist für Spätsommer 2019 geplant, mit einem Satzungsbeschluss kann frühestens Ende 2020 gerechnet werden. Inwieweit der Bau einer Kindertagesstätte vorgezogen werden kann, ist noch nicht geklärt.

Frage 3: Mit welchem finanziellen Aufwand ist bei der Sanierung des aktuellen Standorts der Kita zu rechnen?

Der Bestandsbau besteht aus zwei unterschiedlichen Häusern, mit getrennten Treppenhäusern, unterschiedlichen Geschosshöhen und müsste durch eine Erweiterung ergänzt werden. Die Gesamtkosten für die dringend notwendige Sanierung plus Erweiterung wurden bisher nicht ermittelt, da eine Lösung am Standort aus funktionalen Gründen wenig Sinn macht.

Frage 4: Wie hoch ist der finanzielle Aufwand des Neubaus im Vergleich zu der Sanierung und Erweiterung oder Sanierung plus einem zweiten Standort?

Der finanzielle Aufwand für eine Generalsanierung mit Erweiterung ist unter Betrachtung sämtlicher Risiken in mindestens gleicher Höhe als der Aufwand für einen Neubau einzuschätzen. Bei funktional deutlich schlechterem Ergebnis:

- Nur bedingt energieeffizient zu ertüchtigen (Denkmalschutz)
- Zu geringe Spielflächen im Freiraum für 4-gruppige Kita
- Orientierung Freifläche / Gebäude suboptimal
- Hoher baulicher Aufwand für Barrierefreiheit, ggf. sogar zwei Aufzüge erforderlich.
- Verschachtelte Gebäudestruktur erschwert die Nutzung
- U3 – nur eingeschränkt möglich.

Frage 5: Welcher Flächenanteil des Spielplatzes am Am Klosterhof würde mit einem Neubau und Freiflächen nicht mehr für die Kinder aus Nordshausen und Brückenhof zum Spielen zur Verfügung stehen?

Die Frage kann qualifiziert erst mit der Erarbeitung eines Vorentwurfes beantwortet werden. Die gesamte Grünfläche ist 3.740 m² groß, davon würden nach überschlägigen Ermittlungen max. 60% für die Kita inkl. Freifläche benötigt.

Frage 6: Antwort -63-: Wie beurteilt die Untere Denkmalbehörde und ihr Beirat den überlegten Neubau unmittelbar angrenzend an die Gesamtanlage Kloster Nordshausen, die dem Denkmalschutz unterliegt?

Von Seiten des Denkmalschutzes bestehen, nach erster Einschätzung, keine Bedenken gegen eine Bebauung der Spielplatzfläche, in einem angemessenen Maße. Ein Neubau sollte sich möglichst am nördlichen Rand (Obere Bornwiesenstraße) des Grundstückes platzieren und in Höhenentwicklung und Dachlandschaft an der Umgebung orientieren, d. h. max. zweigeschossig plus Satteldach (o. glw. Dachform). Somit kann eine straßenbegleitende Bebauung realisiert werden, der üppige Baumbestand erhalten werden und weiterhin ein Großteil der Fläche als Spielplatz genutzt werden. Eine Vorstellung im Denkmalbeirat erfolgt erst bei Bauantragsstellung.

Frage 7: Was soll bei einem Neubau mit dem dann aufgegebenen Kitagebäude an der Korbacher Str. geschehen?

Bis zur Fertigstellung des Neubaus wird die Verwaltung einen Lösungsvorschlag für die weitere Verwendung erarbeiten und den Gremien zur Entscheidung vorlegen.

Frage 8: Wie wird der Verwertung des freiwerdenden Grundstücks mit hochpreisigen Eigentumswohnungen verhindert.

Das Grundstück befindet sich im Eigentum der Stadt Kassel, somit hat die Stadt Kassel direkten Einfluss, wie das Grundstück nachfolgend genutzt wird.

Axel Jäger

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.1271

28. März 2019
1 von 1

Einladung MEBI e.V.

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In eine der nächsten Ausschusssitzungen wird ein Vertreter von MEBI e.V. eingeladen, um das Konzept und den Stand zur muslimischen Kita vorzustellen.

Begründung:

Demnächst eröffnet die erste muslimische Kita in Kassel. Viel wird über die Akteure gesprochen, wenig mit ihnen. Durch die Vorstellung im Ausschuss können Vorurteile abgebaut und Fragen geklärt werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender Kasseler Linke

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.1272

28. März 2019
1 von 1

Kita-Plätze in Rothenditmold, Nordholland, Wesertor

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

1. Wie viele Plätze fehlen je in Rothenditmold, Nordholland und Wesertor im Bereich U3 und Ü3?
2. Wie viele Kinder stehen je auf der Warteliste?
3. Wie viele Kinder haben je außerhalb des Stadtteils einen Platz gefunden?
4. Was unternimmt die Stadt, damit der Bedarf gedeckt wird?
5. Welche Versorgungsquote wird für den Stadtteil angestrebt? Bis wann soll sie erfüllt werden?
6. Wie viele Tagesmütter gibt es je in den drei Stadtteilen?
7. Wie werden Eltern über ihren Rechtsanspruch informiert?
8. Hat es in Kassel in den letzten zwei Jahren Klagen gegeben?
9. Zu welchem Ergebnis führte das Gespräch im März zum Anbau bei der Kita Zierenberger Straße?
10. Wie ist der Stand zur Umsetzung einer zentralen Vergabeerfassung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender Kasseler Linke

An
-IV-

**Anfrage Kasseler Linke – Kita-Plätze in Rothenditmold, Nordholland, Wesertor
Vorlage Nr. 101.18.1272 vom 28.03.2019 zur Vorlage im Ausschuss, Schule, Jugend, Bildung**

1. Wie viele Plätze fehlen je in Rothenditmold, Nordholland und Wesertor im Bereich u3 und ü3?

Zurzeit gibt es in Kassel bei den Kindern unter 3 Jahren eine Versorgungsquote von 32% und bei den Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt eine Versorgungsquote von 91%. Angestrebt sind Versorgungsquoten von mindestens 35% im u3-Bereich und 95% im ü3-Bereich. Um die angestrebten Versorgungsquoten zu erreichen, fehlen in Rothenditmold rechnerisch rund 70 u3- und knapp 40 ü3-Plätze. In Nordholland sind es ca. 90 u3- und 60 ü3-Plätze. Im Wesertor fehlen rechnerisch 60 u3-Plätze und knapp 50 ü3-Plätze.

2. Wie viele Kinder stehen auf der Warteliste?

Momentan beginnt die Vergabe der Plätze und der Versand der Betreuungsverträge bei den städtischen und freien Trägern für das Kindergartenjahr 2019/20, bei einigen freien Trägern werden auch noch Auswahlgespräche geführt. Erst nach Rücksendung der Verträge haben die Einrichtungen einen Überblick und eine Abgleichmöglichkeit mit den noch bestehenden Wartelisten. Die Kitaplanung wird in der 1.-3. Maiwoche ihre Planungsgespräche mit den Kita-Einrichtungen in den einzelnen Planungsregionen führen, dabei wird ein erster Überblick über die tatsächliche Platzsituation erfolgen, weil die einzelnen Kitas ihre Wartelisten untereinander zu diesem Termin abgeglichen haben werden.

3. Wie viele Kinder haben je außerhalb des Stadtteils einen Platz gefunden?

Wir wissen, dass es Kinder gibt, die Betreuungseinrichtungen in angrenzenden Stadtteilen besuchen. Der Wohnort ist nicht immer Auswahlkriterium der Eltern für die Einrichtung. Die Daten der Stichtagserhebung werden von uns einrichtungsbezogen ausgewertet. Eine adress- und personenscharfe Auswertung nach Wohnort der Kinder nimmt das Jugendamt nicht vor. Insofern kann das Jugendamt hierzu keine exakten Zahlen nennen.

4. Was unternimmt die Stadt, damit der Bedarf gedeckt wird?

In Rothenditmold wird in Trägerschaft der AWO gerade eine neue dreigruppige Einrichtung im Ortskern realisiert. Parallel laufen Gespräche mit der DAA zum Bau einer neuen Kindertagesstätte, diese sind jedoch erst am Anfang. In Nord-Holland, an der Grenze zu Rothenditmold, hat das Jugendamt gegenüber einer Wohnungsbaugesellschaft eine Interessensbekundung zum Bau einer Kita abgegeben. Für das Wesertor sind wir gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt und dem Bauamt in Abstimmungsgesprächen mit einer Projektentwicklungsgesellschaft, um die Realisierung einer neuen städtischen Einrichtung zu prüfen. Neben diesen ‚großen‘ Maßnahmeplanungen haben wir mit dem Schlachthof in Nord-Holland die Möglichkeit von sprachkursbegleitender Kinderbetreuung erweitert, indem wir im letzten

Jugendhilfeausschuss die Zuwendung einer Mietkostenpauschale beschlossen haben. So wird ein niedrigschwelliges Betreuungsangebot für bis zu 60 Kinder eingerichtet werden können, das auch einen Personenkreis aus Rothenditmold anspricht. Zudem ist das Jugendamt auch mit den bereits bestehenden Kindertagesbetreuungseinrichtungen im regelmäßigen Austausch und prüft und bespricht mögliche Gruppenausbauten und -erweiterungen vor Ort.

5. Welche Versorgungsquote wird für den Stadtteil angestrebt? Bis wann soll sie erfüllt werden?

Für die Stadt Kassel wird aktuell eine durchgängige Versorgungsquote von 35% im u3-Bereich und von 95% im ü3—Bereich bei der Planung zugrunde gelegt.

6. Wie viele Tagesmütter gibt es je in den 3 Stadtteilen?

Im Wesertor haben sich zwei Tagesmütter zusammengeschlossen und betreuen in angemieteten Räumen bis zu 10 Kinder. In Rothenditmold gibt es eine und in Nordholland gibt es keine Tagesmutter. Außerdem gibt es 7 Tagesmütter in den angrenzenden Stadtteilen Philippinenhof-Warteberg (1) und Fasanenhof (6).

7. Wie werden Eltern über ihren Rechtsanspruch informiert?

In erster Linie sind Eltern gehalten, sich über den Rechtsanspruch zu informieren. Hierfür stehen ihnen beim Jugendamt unterschiedliche Ansprechpartner - wie z.B. die Kitaaufsicht, die Kitaplanung, die Kindertagesbetreuung, die Kindertagespflege oder auch der Allgemeine Soziale Dienst zur Verfügung.

8. Hat es in Kassel die letzten zwei Jahre Klagen gegeben?

Anschreiben von Eltern mit Verweis auf den gesetzlichen Rechtsanspruch gibt es und gab es auch in den zurückliegenden zwei Jahren. Bisher ist es dem Jugendamt immer gelungen, mit Eltern eine einvernehmliche Lösung zur Kindertagesbetreuung zu finden, zu Klagen von Eltern ist es bisher deshalb noch nicht gekommen.

9. Zu welchem Ergebnis führte das Gespräch im März zum Anbau bei der Kita Zierenberger Straße?

Das Gespräch mit dem neuen Eigentümer hatte zum Ziel, sich gemeinsam einen Überblick zu verschaffen und die nächsten Schritte zu vereinbaren. Der neue Eigentümer wird im nächsten Schritt mit einer detaillierten Ausbauplanung beginnen, die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist derzeit für Ende 2020 geplant.

10. Wie ist der Stand zur Umsetzung einer zentralen Vergabeerfassung?

Eine zentrale Vergabeerfassung ist nicht geplant. Die Stadt hat das Programm eKita+ gekauft, das ein umfangreiches Platz- und Vergabemanagement ermöglicht (wenn sich auch alle freien Träger daran beteiligen, was jedoch geplant und mit den Trägern vorbesprochen ist!). Das Jugendamt ist momentan dabei, das Programm zu implementieren. Ein Termin für den vollumfänglichen Programmstart kann zurzeit noch nicht genannt werden.

Vorlage Nr. 101.18.1273

2. April 2019

1 von 1

Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule - Landesfördermittel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob das Lehrschwimmbecken der Hupfeldschule in das Förderprogramm „Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM)“ des Landes Hessen aufgenommen werden kann.

Begründung:

Die hessische Landesregierung hat ein 50-Millionen-Euro-Förderprogramm aufgelegt, damit hessische Hallen- und Freibäder erhalten und modernisiert werden können. Über das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) können Kommunen ab 2018 eine Förderung beantragen und ihre Maßnahmen planen. Ab 2019 können dann über einen Zeitraum von fünf Jahren bestehende Bäder saniert und fit für die Zukunft gemacht oder Neubauten ermöglicht werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender
SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Andreas Ernst
Stadtverordneter